

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Stadtteil ohne Schularzt**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Frau Dr. Kappert-Gonther, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie wird die schulärztliche Versorgung im Stadtteil Huchting nach Ausscheiden des bisherigen Schularztes sichergestellt?

Zweitens: Wie konnte es zu dieser Vakanz kommen?

Drittens: Welche Auswirkungen könnten sich durch den derzeitigen Zustand für das Konzept des Quartiersbildungszentrums, QBZ, Robinsbalje ergeben?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Schuster: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es ist beabsichtigt, die am 31. Dezember 2012 durch Ausscheiden des bisherigen Stadtteilkinderarztes frei werdende Stelle im Gesundheitsamt wieder zu besetzen. Nach Genehmigung der Wiederbesetzung wurde die Stelle bereits zweimal, unter anderem im „Deutschen Ärzteblatt“, ohne Erfolg ausgeschrieben. Dessen ungeachtet wird das Gesundheitsamt seine Bemühungen um die Wiederbesetzung der Stelle fortsetzen. Für den Fall, dass die Stelle zum 1. Januar 2013 nicht wiederbesetzt werden kann, soll die Fortführung der dringlichsten Pflichtaufgaben des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes zunächst über Vertretungsregelungen abgesichert werden.

Zu Frage 2: Die Arbeitsmarktsituation in Deutschland ist aktuell und auf absehbare Zeit durch einen Ärztemangel gekennzeichnet. Insbesondere im öffentlichen Gesundheitsdienst, ÖGD, kann die Nachfrage nach qualifizierten Ärztinnen und Ärz-

ten nicht in allen Bereichen und zeitlich angemessen befriedigt werden. Problematisch wirkt sich darüber hinaus eine im Vergleich zum Krankenhaus und im niedergelassenen Bereich unterschiedliche Einkommensentwicklung im ÖGD aus.

Zu Frage 3: Der Schularzt nimmt im aktuellen Konzept des Quartiersbildungszentrums einen wichtigen Platz ein. Seine Präsenz unterstützt die Kontaktaufnahme der Eltern im frühen Alter ihrer Kinder, den präventiven Ansatz und die nachhaltige Begleitung der Entwicklung der Jungen und Mädchen. Es ist beabsichtigt, diese Konzeption fortzusetzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie sprachen eben davon, dass die dringlichsten Pflichtaufgaben durch eine Vertretungsregelung übernommen werden. Gibt es darüber hinaus Pflichtaufgaben, die anderweitig wahrgenommen werden, indem beispielsweise die betroffenen Schülerinnen und Schüler oder Kinder und Jugendliche dann in andere Stadtteile fahren können? Gibt es ein entsprechendes Angebot?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Das ist bisher nicht vorgesehen, weil wir in den anderen Bereichen auch nicht üppig ausgestattet sind, sodass beliebig Kapazitäten frei wären, um mehr Kinder aufnehmen zu können, sondern wir setzen natürlich darauf, dass wir schnellstmöglich diese Stelle besetzen. Leider ist es bisher trotz zweimaliger Ausschreibung eben nicht gelungen, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es in dieser Angelegenheit einen stetigen Austausch mit dem Quartiersbildungszentrum und dem Stadtteilbeirat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Dazu gibt es meines Wissens einen entsprechenden Austausch. Gerade das Quartiersbildungszentrum ist damals eine Initiative von verschiedensten Beteiligten gewesen, es ist im Stadtteil gewollt worden, und alle sind sich bewusst, welche große Bedeutung es gerade für dieses Gebiet hat. Dementsprechend tauschen wir uns auch darüber aus.

Präsident Weber: Herr Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei der Suche!)

Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Schmidtke!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Staatsrat, Bremen-Nord, Burglesum und Blumenthal warten eigentlich schon seit Jahren dringend auf eine Stellenneubesetzung. Gilt Ihre Auskunft, die Sie für Huchting gegeben hatten, die zum Teil erfreulich war, auch für die beiden anderen vakanten Stellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Wir bemühen uns natürlich auch dort um Nachbesetzungen. Die Stadtteilarbeit, die von diesen Ärzten geleistet wird, ist aus unserer Sicht gerade in sozial benachteiligten Gebieten sehr wichtig. Deswegen versuchen wir auch, diese Stellen nachzubesetzen. Sie sind auch genehmigt, es ist kein Budgetproblem. Das Problem ist, geeignete Personen zu finden.

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Staatsrat, ich entnehme Ihrer Antwort, dass wohl die Ausschreibungen stattgefunden haben und es Bemühungen gibt, aber noch kein Ergebnis vorliegt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Mir ist wenigstens nicht bekannt, dass es dort schon positive Entscheidungen gibt, weil die Bewerberlage eben so ist, wie sie ist, das liegt teilweise auch an den Verdienstmöglichkeiten. Durch den Ärztemangel steigen die Ansprüche enorm. Im öffentlichen Gesundheitsdienst orientieren wir uns an den Tarifen des öffentlichen Dienstes, und das führt leider manchmal zu Schwierigkeiten.

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Nein, danke! Ich wünsche Ihnen ebenfalls viel Erfolg, denn wenn von drei möglichen Stellen nur eine besetzt ist, ist das natürlich ein echtes Problem!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Schuppen 3 aus dem Bestand entwickeln, Kreative in der Überseestadt stützen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Saxe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der Senat im Gespräch und in Verhandlungen mit den derzeitigen Mietern im Schuppen 3 sowie in der „Anbiethalle“ in der Überseestadt?

Zweitens: Auf welcher Grundlage und mit welchem Ziel wird wann und von wem über deren Mietverträge und deren weiteren Verbleib beraten, kommuniziert und entschieden?

Drittens: Wie gewährleistet der Senat am Schuppen 3 den Erhalt von hafenprägender Bausubstanz, Alltagskultur und Infrastruktur sowie von in den vergangenen Jahren schon vor allem durch kreative Pioniere entstandenen identitätsstiftenden Nutzungen in der Überseestadt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Professor Stauch.

Staatsrat Professor Stauch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Gespräche mit Mietern von Immobilien des Sondervermögens Überseestadt werden grundsätzlich durch die WFB geführt.

Zur Umsetzung des gemäß einem aktuellen Bauungsplanverfahren am Kaffee-Quartier angestrebten Wohnungsbaus ist der Abbruch des Verwaltungsgebäudes Europahafen, dem heutigen Standort der „Anbiethalle“, zwingend erforderlich. Vor diesem Hintergrund hat das Wirtschaftsressort die WFB gebeten, die Mieter des Verwaltungsgebäudes Europahafen hiervon in Kenntnis zu setzen. Der WFB wurde aufgetragen, die Mietverträge fristgerecht zu kündigen. Derzeit prüft die WFB, welche Räumlichkeiten den Mietern als Alternative angeboten werden können.

Die Mieter des Schuppens 3 wurden durch die WFB informiert, dass der Senat aktuell die städtebaulichen Rahmenbedingungen für eine zukünftige Entwicklung der Immobilie möglichst bei Erhalt eines hohen Anteils der historischen Bausubstanz prüft. Hierbei wurde als wesentliche Vorgabe defi-